

Frau Gajewski erhält das Wort und berichtet, dass die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer/-innen in Neumünster seit 2022 steigend sei.

Sie verliest folgende Zahlen:

„Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA)

<b>Jahr</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>
<b>Jan</b>	9	36
<b>Feb</b>	10	18
<b>März</b>	21	17
<b>Apr</b>	15	21
<b>Mai</b>	13	42
<b>Jun</b>	27	34
<b>Jul</b>	31	23
<b>Aug</b>	53	56
<b>Sep</b>	62	65
<b>Okt</b>	56	61
<b>Nov</b>	84	
<b>Dez</b>	60	
<b>gesamt</b>	<b>441</b>	<b>373</b>

““

In Neumünster seien die Plätze für Inobhutnahmen oft ausgereizt. Aktuell fehlten 25 Plätze. Laut Frau Gajewski helfe die Erstaufnahmeeinrichtung im Haart aus, wenn Plätze fehlten, was einerseits für Neumünster entlastend, andererseits aber nur auf Grund des zufälligen Umstands der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) am Ort möglich sei.

Im Anschluss können Fragen gestellt werden.

Herr Stadtrat Hillgruber erhält das Wort und führt aus, dass aus seiner Sicht eine Information über die Sachlage zum jetzigen Zeitpunkt wichtig sei, da Neumünster zwar seit Jahren auf Grund der EAE grundsätzlich keine Zuweisungen erhalte, weiterhin aber jugendliche Geflüchtete kämen. Hier gebe es inzwischen einen steigenden, erheblichen Unterbringungsbedarf. Über diesen - landesweiten - Bedarf und die aktuelle vorhandene Problematik bei der Verteilung, die oft nicht entsprechend der Regelung zwischen den Kreisen bzw. Trägern funktioniere, werde zzt. auf Ebene des Landes debattiert.

Der Ausschuss diskutiert die Verteilung auf die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte.

Die Kommunen seien lt. Herrn Stadtrat Hillgruber zuständig für die Unterbringung.

Es wird die Frage gestellt, ob die Träger zur vorgesehenen Unterbringung verpflichtet werden könnten. U. U. seinen lt. Frau Fritzsche-Brandt Verträge möglich.

Außerdem wird nach möglichen Tauschabsprachen gefragt.

Es kämen sehr viel mehr junge Männer an als junge Frauen; das Verhältnis liege bei ca. 90 :10.

Frau Dobin wünsche sich bei den Unterbringungen eine bessere Berücksichtigung das Kindeswohls.